

München, 16.09.2019

Staatsregierung plant Aufweichung der 10-Stunden-Regel: Finger weg vom Arbeitnehmerschutz, Herr Aiwanger!

Wirtschaftspolitische Sprecherin Annette Karl: Insbesondere körperlich anstrengende Jobs wären betroffen - Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht man mit derlei Maßnahmen sicher nicht

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion Annette Karl kritisiert die in der heutigen Kabinettsitzung angekündigte Aufweichung der Arbeitszeitregelungen. "Unter dem Deckmäntelchen einer notwendigen Flexibilisierung von Arbeit im Zeichen der Digitalisierung legt der bayerische Wirtschaftsminister Aiwanger die Axt an den Arbeitnehmerschutz", fasst die Oberpfälzerin Karl zusammen. "Damit will er Arbeitgebern ermöglichen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger als zehn Stunden am Stück arbeiten zu lassen - und redet obendrein auch noch davon, die Pausen verkürzen zu wollen. Und er schämt sich noch nicht einmal, das alles mit der Begründung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verkaufen!"

Tatsächlich sei eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig - das erreiche man aber sicher nicht durch noch mehr Arbeit, betont Karl: "In der modernen Arbeitswelt braucht es Homeoffice-Regelungen, die im Notfall auch flexibel gestaltbar sind, sowie Arbeitszeitregelungen, die sich verstärkt nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richten - etwa, indem diese selbst entscheiden, wann sie welche Aufgaben erledigen. Von Aiwangers Ideen wären jetzt in erster Linie ohnehin schlecht bezahlte, körperlich anstrengende Jobs betroffen. Zum Beispiel Reinigungskräfte, Busfahrinnen und Busfahrer, Servicekräfte - all diese Menschen dürften sich darauf einstellen, noch länger und mit noch weniger Pausen zu arbeiten. Das wäre keine Maßnahme für bessere Vereinbarkeit, sondern nur zur einfacheren Ausbeutung von Menschen!"